



## **BESCHLUSS**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV und § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ARegV

wegen der Festlegung von Vorgaben für die Erhebung von Daten zur Durchführung des Effizienzvergleichs der **Gasverteilernetzbetreiber** für die dritte Regulierungsperiode

hat die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur

durch

den Vorsitzenden Helmut Fuß,

den Beisitzer XX und

den Beisitzer XX

am dd.mm.yyyy beschlossen:

1. Alle Betreiber von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, die bis zum 30.06.2016 keinen Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren gemäß § 24 Abs. 4 ARegV gestellt haben, sind verpflichtet, die von der Bundesnetzagentur für die dritte Regulierungsperiode zur Durchführung des Effizienzvergleichs gemäß §§ 12 bis 14 ARegV benötigten Last-, Struktur- und Absatzdaten für das im Kalenderjahr 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr sowie historische Werte in dem Umfang, in der Struktur und mit dem Inhalt, wie sie in der Anlage V vorgegeben sind, unter Berücksichtigung der darin enthaltenen Datendefinitionen bis spätestens zum 01.08.2016 elektronisch an die Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Für Betreiber von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, deren Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren abgelehnt wird, gilt die vorstehend genannte Verpflichtung mit der Maßgabe, dass die Daten grundsätzlich bis spätestens 4 Wochen nach dem Tag des Zugangs der ablehnenden Entscheidung zum Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren, bzw. zum 01.08.2016, falls dies der spätere Zeitpunkt ist, zu übermitteln sind. Für die Rücknahme des Antrags auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren gilt der vorstehende Satz entsprechend, mit der Maßgabe, dass die Frist von 4 Wochen ab dem Tag des Zugangs der Rücknahmeerklärung bei der Regulierungsbehörde zu laufen beginnt.

(Die Anlage V ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 9“ → „Festlegungen“ → „BK9-15-603 Festlegung von Vorgaben für die Erhebung von Daten zur Durchführung des Effizienzvergleichs der Gasverteilernetzbetreiber für die dritte Regulierungsperiode“)

2. Die unter Ziffer 1 genannten Netzbetreiber haben die Daten ausschließlich elektronisch, unter Nutzung der aktuellen Version der von der Bundesnetzagentur zum Download bereitgestellten XLSX-Datei (Anlage V), vollständig und richtig ausgefüllt zu übermitteln. Beim Ausfüllen der XLSX-Datei (Anlage V) dürfen keine Veränderungen an der Struktur – beispielsweise durch Einfügen oder Streichen von einzelnen Tabellenblättern oder Spalten – vorgenommen werden.
3. Für die elektronische Datenübermittlung nach Ziffer 2 haben die unter Ziffer 1 genannten Netzbetreiber das über die Internet-Seite <http://www.bundesnetzagentur.de> erreichbare Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur, Menüpunkt „Meistgeklickte Seiten“ →

„Energiedatenportal“ zu nutzen. (Das Energiedaten-Portal ist direkt zugänglich unter der Adresse: <https://app.bundesnetzagentur.de/Energie>).

Sämtliche Dateien müssen vor der Übertragung im Energiedaten-Portal mit dem im Internet bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm (abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Meistgeklickte Seiten“ → „Energiedatenportal“ → „Download Verschlüsselungs-Programm 2007“) verschlüsselt werden.

4. Betreiber von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, die nach Ablauf des Geschäftsjahres gemäß Ziffer 1 das Netz eines anderen Netzbetreibers vollständig übernommen haben und für dieses Netz einen gesonderten Bericht nach § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 28 GasNEV nebst Anhang sowie Erhebungsbogen zu übermitteln haben, sind verpflichtet, die hier erhobenen Daten getrennt für diese Netze zu übergeben. Für diesen Fall ist für jeden Netzbereich die XLSX-Datei (Anlage V) gesondert unter Verwendung einer Netznummer auszufüllen. Im Übrigen hat die Übermittlung der Vergleichsparameter einheitlich pro Betreiber von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG zu erfolgen.

## Gründe

### I.

Das vorliegende Festlegungsverfahren betrifft die im Vorlauf zur dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung erforderliche Datenerhebung zur Durchführung des Effizienzvergleichs nach §§ 12 bis 14 ARegV bei allen Gasverteilernetzbetreibern im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, die nicht am vereinfachten Verfahren gemäß § 24 ARegV teilnehmen.

Die dritte Regulierungsperiode im Rahmen der Anreizregulierung beginnt für Gasnetzbetreiber am 01.01.2018. Im Vorfeld ist der die Regulierungsperiode vorbereitende Effizienzvergleich durchzuführen. Um den für diesen Effizienzvergleich notwendigen Datenbestand rechtzeitig aufzubauen, hat die Bundesnetzagentur frühzeitig mit einem Konsultationsprozess zu den Datendefinitionen begonnen.

Die Landesregulierungsbehörden sind gem. § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG von der Einleitung des Verfahrens im Rahmen des Länderausschusses vom 26.11.2015 benachrichtigt worden. Am 19.02.2016 wurde dem Länderausschuss der Festlegungsentwurf übermittelt und im Rahmen des Länderausschusses am 25.02.2016 Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG gegeben.

Durch Mitteilung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur 04/2016 hat die Beschlusskammer am 02.03.2016 die Einleitung eines Verfahrens nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV und § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ARegV bekannt gemacht. Zugleich hat die Beschlusskammer im Rahmen dieser Mitteilung den Entwurf eines Festlegungstextes veröffentlicht und die Konsultation desselben eingeleitet. Die nach § 67 Abs. 1 EnWG grundsätzlich erforderliche individuelle Anhörung der einzelnen Adressaten wurde analog § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG und § 28 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG durch diese Veröffentlichung ersetzt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakten Bezug genommen.

### II.

1. Das Festlegungsverfahren nach § 29 EnWG für die Datenerhebung zur Durchführung des Effizienzvergleichs fällt gemäß § 54 Abs. 1 und 3 EnWG in die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

2. Die Festlegung für die Datenerhebung in Vorbereitung des Effizienzvergleichs der dritten Regulierungsperiode beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV und § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ARegV. Danach kann die Regulierungsbehörde zur Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke eine Festlegung treffen zu Umfang, Zeitpunkt und Form der nach den §§ 27 und 28 ARegV zu erhebenden Daten, insbesondere zu den zulässigen Datenträgern und Übertragungswegen. Nach § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ARegV erhebt die Regulierungsbehörde bei den Netzbetreibern die notwendigen Daten zur Ermittlung der Effizienzwerte nach den §§ 12 bis 14 ARegV.

Die Festlegung richtet sich an alle Gasverteilternetzbetreiber im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, die nicht am vereinfachten Verfahren gemäß § 24 ARegV teilnehmen.

Die Festlegung für die Datenerhebung in Vorbereitung der dritten Regulierungsperiode dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der Ziele des § 1 Abs. 1 EnWG. Eine belastbare, einheitliche Datengrundlage ist unabdingbare Voraussetzung für die im Rahmen des Effizienzvergleichs stattfindende Ermittlung der effizienten Unternehmen und die Bestimmung der Effizienzwerte. Dies wiederum trägt als Bestandteil der Anreizregulierung zur Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und zu einer effizienten leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Energie bei.

Im Hinblick auf den Umfang der zu erhebenden Daten gestaltet die Festlegung die Vorgaben des § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ARegV aus. Danach erhebt die Bundesnetzagentur bei den Netzbetreibern die notwendigen Daten zur Ermittlung der Effizienzwerte nach den §§ 12 bis 14 ARegV. Der für diese Schritte notwendige Datenumfang ergibt sich aus der Anlage V.

Der Effizienzvergleich erfordert eine Auswertung von unternehmensscharfen Last-, Struktur-, Absatz- und Kostendaten. Dafür wird der Aufbau eines einheitlichen, aktualisierten und über die bisher bei der Bundesnetzagentur vorliegenden Daten hinausgehenden Datenbestandes für Last-, Struktur-, Absatzdaten in dem aus der Anlage V ersichtlichen Umfang notwendig.

Die Bundesnetzagentur hat gemäß § 13 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 ARegV im Rahmen des Effizienzvergleichs Aufwandsparameter und Parameter zur Bestimmung der Versorgungsaufgabe und der Gebietseigenschaften zu berücksichtigen. Um entsprechende Parameter ausreichend berücksichtigen zu können, ist die Erhebung von Daten, etwa zu Angaben zu den Betriebsmitteln oder Infrastruktur im Versorgungsgebiet, notwendig.

Bei den Vergleichsparametern handelt es sich gemäß § 13 Abs. 3 ARegV um messbare bzw. mengenmäßig erfassbare Daten, die nicht durch Entscheidungen des Netzbetreibers bestimmbar und nicht in ihrer Wirkung ganz oder teilweise wiederholend sind und die nicht bereits durch andere Parameter abgebildet werden. Sie sind für die Ermittlung der Effizienzwerte insofern unerlässlich, als erst durch ihr Vorliegen die Bestimmung der Versorgungsaufgabe und der Gebietseigenschaften in ausreichendem Maße sichergestellt wird. Die zu erhebenden Daten zu den Vergleichsparametern dienen zugleich der Sicherstellung der Belastbarkeit des Effizienzvergleichs.

Als Aufwandsparameter gehen nach Maßgabe des § 14 Abs. 1 Nr. 1 ARegV die auf der Grundlage einer Kostenprüfung nach § 6 Abs. 1 ARegV ermittelten Kosten in den Effizienzvergleich ein.

In zeitlicher Hinsicht ist eine Übermittlung der Daten grundsätzlich bis zum 01.08.2016 bzw. – für Betreiber von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, deren Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren abgelehnt wird – bis spätestens 4 Wochen nach dem Tag des Zugangs der ablehnenden Entscheidung zum Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren bestimmt. Für den Fall einer frühzeitigen Ablehnung des Antrags auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren ist durch Satz 2 der Ziffer 1 des Tenors sichergestellt, dass eine Übermittlung frühestens am 01.08.2016 zu erfolgen hat.

Diese Fristen resultieren aus dem gesetzlich fixierten Start der dritten Regulierungsperiode zum 01.01.2018. Da ein erheblicher Vorlauf für die Aufbereitung und Plausibilisierung des Datenmaterials und die Durchführung des Effizienzvergleichs benötigt wird, ist frühzeitig eine Datenübermittlung vorzusehen. Eine spätere Datenübermittlung würde den Start der dritten Regulierungsperiode insofern gefährden, als für die der Regulierungsperiode vorgelagerten Prozessschritte eine hinreichend aussagekräftige Datenbasis dann nicht vorhanden wäre.

Der im Vergleich zur vorherigen Regulierungsperiode frühere Zeitpunkt stellt sicher, dass das der Regulierungsperiode vorgelagerte Verfahren des Effizienzvergleichs rechtzeitig abgeschlossen werden kann und Verzögerungen bei der Festlegung der Erlösobergrenzen für die dritte Regulierungsperiode vermieden werden. Da die abgefragten Vergleichsparameter nicht substantiell verändert wurden und im Wesentlichen den bereits in vorherigen Regulierungsperioden abgefragten Parametern entsprechen, ist auch die Festlegung eines früheren Zeitpunkts für die betroffenen Netzbetreiber verhältnismäßig. Der im Vergleich zur Festlegung von Vorgaben für die Erhebung von Daten zur Durchführung des Effizienzvergleichs der Fernleitungsnetzbetreiber für die dritte Regulierungsperiode (BK9-15/604) spätere Zeitpunkt ergibt sich aus der Möglichkeit für Verteilernetzbetreiber, gemäß § 24 Abs. 4 ARegV bis zum 30.06.2016 für die dritte Regulierungsperiode einen Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren zu stellen.

Eine zu einem früheren Zeitpunkt vorgesehene Datenübermittlung würde das Recht der Verteilernetzbetreiber, diese Antragsfrist auszunutzen, beeinträchtigen. Denn bei positiver Bescheidung werden die Verteilernetzbetreiber gerade von den Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Effizienzvergleich befreit. Eine frühere Datenübermittlung würde faktisch bedeuten, dass die Antragsfrist nach § 24 Abs. 4 ARegV indirekt vorverlegt werden würde, da die Verteilernetzbetreiber, um die Erleichterungen des vereinfachten Verfahrens tatsächlich zu erfahren, den Antrag erheblich früher als von der Verordnung vorgesehen stellen müssten.

Gasverteilernetzbetreiber, die einen Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 Abs. 4 ARegV stellen und deren Antrag positiv beschieden wird, sind von der Festlegung nicht betroffen. Bei Ablehnung des Antrags verbleibt den Netzbetreibern ein angemessener Zeitraum von mindestens 4 Wochen, um die Übermittlung der Daten vorzunehmen. Entsprechendes gilt für die Rücknahme des Antrags.

Die Festlegung sieht des Weiteren die Verwendung der von der Bundesnetzagentur bereitgestellten XLSX-Datei (Anlage V) zur Übermittlung der Last-, Struktur- und Absatzdaten vor. Die Bereitstellung dieses einheitlichen Datenformats ermöglicht den Netzbetreibern die vereinfachte Dateneingabe auf der Grundlage einer nutzerfreundlichen Bedieneroberfläche. Darüber hinaus fördert dieses Datenformat das Zustandekommen einheitlicher Datensätze, die für den anschließenden Effizienzvergleich notwendige Voraussetzung sind. Hinsichtlich der Übermittlung der Datensätze ordnet die Festlegung an, dass diese über das von der Bundesnetzagentur bereitgestellte Energiedaten-Portal zu erfolgen hat. Auf diese Weise soll ein möglichst fehlerfreier und strukturierter Datenrücklauf sichergestellt werden.

Die Festlegung zu Umfang, Zeitpunkt und Form der Datenerhebung ist zur Gewährleistung eines belastbaren, einheitlichen Datenbestandes als Basis für den Effizienzvergleich erforderlich und angemessen.

Im Rahmen des Effizienzvergleichs werden die unternehmensindividuellen Effizienzwerte der Netzbetreiber ermittelt, auf deren Grundlage wiederum die Effizienzvorgaben bestimmt werden. Die Bedeutung des Effizienzvergleichs für die nachfolgenden Prozessschritte macht nicht nur eine aussagekräftige, sondern auch eine ihrem Format nach einheitliche Datengrundlage erforderlich. Nur wenn unternehmensspezifische Parameter zu Last-, Struktur- und Absatzdaten in dem in der Festlegung bestimmten Umfang vorliegen, können die im Rahmen des Effizienzvergleichs angewandten Vergleichsmethoden zu einem sachgerechten und belastbaren Ergebnis kommen, das Grundlage für das weitere Verfahren ist.

Gemäß § 13 Abs. 1 ARegV hat die Regulierungsbehörde im Effizienzvergleich Aufwandsparemeter und Vergleichsparemeter zu berücksichtigen. Die Paremeter müssen

geeignet sein, die Belastbarkeit der Effizienzvergleiche zu stützen (§ 13 Abs. 3 S. 2 ARegV). Die im Umfang der Anlage V abgefragten Last-, Struktur- und Absatzdaten tragen als Vergleichsparameter dazu bei, dass strukturelle Besonderheiten der Versorgungsaufgabe hinreichend berücksichtigt werden können. Erst die Kenntnis dieser Daten sichert die Belastbarkeit des Effizienzvergleichs. Eine entsprechende Datenerhebung erweist sich daher als unerlässlich. Eine Erhebung dieser Daten ist für den Effizienzvergleich erforderlich. Dabei stellen die zu erhebenden Daten sicher, dass unternehmensindividuellen Besonderheiten bei der Ermittlung der Ineffizienzen ausreichend Rechnung getragen wird.

Betreiber von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG, die nach Ablauf des Geschäftsjahres gemäß Ziffer 1 des Tenors das Netz eines anderen Netzbetreibers vollständig übernommen haben, übermitteln für dieses Netz einen gesonderten Bericht nach § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 28 GasNEV nebst Anhang sowie Erhebungsbogen. Da in diesen Fällen die Aufwandsparemeter nach §§ 13 Abs. 2, 14 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 ARegV gesondert erhoben werden, ist ausnahmsweise eine gesonderte Erhebung der Vergleichsparameter nach Ziffer 4 des Tenors sachgerecht, um so eine konsistente Abbildung von Aufwands- und Vergleichsparametern im Basisjahr zu erreichen. Im Übrigen hat die Übermittlung von Vergleichsparametern einheitlich pro Netzbetreiber zu erfolgen, so dass bei einheitlicher Übermittlung von Aufwandsparemetern in sachgerechter Weise auch die Vergleichsparameter insgesamt erfasst werden und gemäß § 12 Abs. 1 S. 1 ARegV ein Effizienzwert pro Netzbetreiber ermittelt werden kann. Wurde dem Gasverteilernetzbetreiber nach Ablauf des Geschäftsjahres gemäß Ziffer 1 des Tenors ein Netz teilweise übertragen bzw. hat er einen Teil seines Netzes abgegeben (§ 26 Abs. 2 ARegV), erfolgt die Datenübermittlung ebenso wie bei der Übermittlung der Aufwandsparemeter auf Basis der Gegebenheiten des Geschäftsjahres gemäß Ziffer 1 des Tenors und somit inklusive des später abgegebenen Netzteils bzw. exklusive des später aufgenommenen Netzteils.

Bei solchen Last-, Struktur- und Absatzdaten, bei denen die Parameter durch Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV erst entstanden sind oder in messbarer bzw. zählbarer Weise erhöht wurden, ist es sachgerecht, die für den Effizienzvergleich maßgeblichen Vergleichsparameter nur dergestalt zu verwenden, dass diese um die durch Investitionsmaßnahmen betroffenen Parameter bereinigt werden. Dies gilt jedoch nur, soweit im Rahmen des Effizienzvergleichs diesen Vergleichsparametern keine Aufwandsparemeter entgegenstehen, also für den Fall, dass die entsprechenden Investitionsmaßnahmen über den 31.12.2017 hinausgehen. Bei sonstigen Investitionsmaßnahmen, die nicht über den 31.12.2017 hinaus genehmigt sind, erfolgt eine Berücksichtigung der Kosten im Ausgangsniveau, so dass auch die entsprechenden Vergleichsparameter in den Effizienzvergleich eingehen müssen.



Bei Aktivierung von Sachanlagevermögen vor oder im Basisjahr fallen grundsätzlich Aufwandsparameter, also Kosten, im Basisjahr auch an. Diese werden aber bei der Kostenprüfung insoweit herausgerechnet, wenn die Genehmigung der Investitionsmaßnahme gemäß § 23 ARegV über den 31.12.2017 hinausgeht, d. h. die Finanzierung der Investition in der dritten Regulierungsperiode darüber gesichert ist. In Bezug auf diese Investitionsmaßnahmen erfolgt eine Streichung sowohl bei den dazugehörigen Aufwands- als auch bei den Vergleichsparametern. Soweit in Einzelfällen bestimmte Aufwandsparameter nicht bereinigt werden können, ist dies vom Netzbetreiber zu begründen. Zudem ist der angewandte Schlüssel zu Bereinigung der betroffenen Parameter zu begründen.

Hinsichtlich der Abfrage von Biogas gilt, dass ein sachgerechter Vergleich von Aufwands- und Vergleichsparametern nur bei Kongruenz der Parameter sichergestellt ist. Soweit Kosten aufgrund von Biogaseinspeisung gemäß § 20b GasNEV gewälzt werden und nicht Teil der Aufwandsparameter sind, dürfen die entsprechenden Vergleichsparameter nicht im Effizienzvergleich berücksichtigt werden. Dazu gehört nicht nur die Verbindungsleitung als Teil des Netzanschlusses nach § 32 Nr. 2 GasNZV, sondern auch kapazitätserhöhende Maßnahmen nach § 34 Abs. 2 S. 3 GasNZV und alle weiteren kostenverursachenden Maßnahmen, auf die in § 20b GasNEV verwiesen wird und die von den Netzbetreiber bundesweit umgelegt werden.

Zur Abfrage der versorgten Fläche innerhalb des Konzessionsgebiets am letzten Tag des Bezugsjahres (Definition 49 in Anlage V) wird als Datengrundlage die Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung erfasst. Diese ist ein Export bzw. eine Auswertung, bei der sich aus dem automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) oder dem amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) die entsprechenden Flächeninhalte gemarkungsgenau ergeben. Auskunftspflichtig sind die nach Landesrecht für die Führung der Liegenschaftskataster zuständigen Stellen (Vermessungs- und Katasterverwaltungen). Seit geraumer Zeit befinden sich die Katasterämter in einer Umstellungsphase von ALB zu ALKIS. Die Umstellung sollte bis Ende 2015 in allen Bundesländern abgeschlossen sein. Vonseiten der amtlichen Statistik kann die bundesweite Umstellung auf ALKIS erst erfolgen, wenn das Informationssystem in allen Ländern eingeführt ist. Deshalb rechnen Landesvermessungsverwaltungen, die ALKIS bereits eingeführt haben, bis zur bundesweiten Umstellung in die dem ALB zugrunde liegende Klassifikation zurück. Für das Jahr 2015 wird die Auswertung der Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung bundesweit noch anhand der hier abgefragten Schlüssel vorgenommen. Mangels Migrationsmöglichkeit zwischen den System ALB und ALKIS erfolgt mit dieser Festlegung eine möglichst breite Abfrage der verfügbaren Daten, um eine hinreichende Datenbasis für den Vergleichsparameter der versorgten Fläche zu erhalten.

Bei der Ermittlung der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Einspeisungen im Bezugsjahr erfolgt nunmehr eine erweiterte Abfrage. Über die Abfrage der Jahreshöchstlast hinaus ist für jeden Einspeisepunkt der Lastgang für jede Stunde des Jahres anzugeben. Mit den derart erhobenen Daten ist eine Ermittlung des potenziellen Vergleichsparameters der Jahreshöchstlast in einer Art und Weise sichergestellt, die neuen regulatorischen Kenntnissen entspricht. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass nicht der Wert der höchsten Last, sondern etwa der zweit- oder dritthöchste Wert einen sachgerechten Vergleichsparameter für den Effizienzvergleich darstellt. Unabhängig davon, welche Parameter letztlich in den Effizienzvergleich einfließen, ist jedenfalls die punktscharfe Abfrage des Lastverlaufs der Einspeisungen erforderlich, um diesen Fragen nachzugehen und die Angaben zu plausibilisieren. Gleiches gilt für die Jahreshöchstlast der Ausspeisungen, wobei hier auf den Summenlastgang aller Ausspeisepunkte abzustellen ist.

Des Weiteren erfolgt eine Abfrage u.a. der genauen Standort-, Längen-, Druck- und Volumendaten von Leitungen und Leitungsabschnitten im Hochdruckbereich. Diese Daten dienen dem Abgleich zwischen der Lage von Hochdruckleitungen und den Angaben der amtlichen Gemeindeschlüssel (AGS) bzw. der Gemarkungen für den Hochdruckbereich, die für die Ermittlung der Versorgungsgebietsgrenzen im Hochdruckbereich herangezogen werden. Weiterhin werden diese Daten zur Kontrolle hinsichtlich der Längen und Rohrvolumen von Leitungen und Leitungsabschnitten im Hochdruckbereich herangezogen.

Mit dieser Festlegung ist das Verfahren zum Effizienzvergleich nicht abgeschlossen, vielmehr stellt diese Festlegung den ersten Verfahrensschritt dar. Die hier abgefragten Parameter sind denkbare Vergleichsparameter, Rohdaten zur Berechnung weiterer möglicher Vergleichsparameter oder Daten zur Plausibilisierung anderer Vergleichsparameter. Welche Vergleichsparameter in den endgültigen Effizienzvergleich einfließen, wird im Laufe des Verfahrens zum Effizienzvergleich mit den betroffenen Netzbetreibern sowie Vertretern der betroffenen Wirtschaftskreise und Verbraucher konsultiert werden. Welche der abgefragten Parameter in das finale Modell des Effizienzvergleichs als Vergleichsparameter einfließen, ist nicht Gegenstand dieser Festlegung.

Im Übrigen erfolgten im Vergleich zur Festlegung zur Datenerhebung für die zweite Regulierungsperiode redaktionelle Anpassungen und Präzisierungen.

Eine an alle Gasverteilernetzbetreiber gerichtete Festlegung ist zu Umfang, Zeitpunkt und Form der Datenerhebung erforderlich, um die zu übermittelnden Daten zu definieren und ein einheitliches Datenformat sowie eine vereinfachte Aufbereitung des Datenmaterials sicherzustellen. Nur durch eine entsprechende Vereinheitlichung im Wege einer Festlegung wird sichergestellt, dass die Bundesnetzagentur die für den Effizienzvergleich

vorgesehenen Daten mit einem vertretbaren Zeit- und Verwaltungsaufwand ermitteln und nutzen kann und die Daten für die im Rahmen des Effizienzvergleichs anzuwendenden Vergleichsmethoden weitestgehend strukturiert und einheitlich verfügbar sind. Die durch die Vorgaben zu den einheitlichen Datenformaten und Übermittlungswegen entstehende Belastung der Unternehmen erweist sich vor diesem Hintergrund als angemessen. Die bei den Unternehmen entstehende Belastung hat die Bundesnetzagentur auch bei der Bestimmung des Umfangs insofern in ihre Betrachtung einbezogen, als sie den Umfang der Daten auf das Mindestmaß der für einen belastbaren Effizienzvergleich notwendigen Daten beschränkt hat. Aufgrund der Tatsache, dass die individuellen Effizienzvorgaben nur aufgrund eines robusten Effizienzvergleichs ergehen können, war eine darüber hinausgehende Reduzierung der zu erhebenden Daten nicht möglich, da anderenfalls ein belastbarer bundesweiter Effizienzvergleich nicht gewährleistet wäre. Vor diesem Hintergrund erweist sich die bei den Unternehmen durch den festgelegten Datenumfang entstehende Belastung als verhältnismäßig.

3. Die Anlage V ist Bestandteil dieses Beschlusses.
4. Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.
5. Da die Festlegung gegenüber allen Betreibern von Gasverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 7 EnWG erfolgt, ersetzt die Beschlusskammer die Zustellung nach § 73 Abs. 1 S. 1 EnWG gemäß § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG durch eine öffentliche Bekanntmachung der Festlegung. Die öffentliche Bekanntmachung wird gemäß § 73 Abs. 1a S. 2 EnWG dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden. Die Festlegung gilt nach § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

## RECHTSBEHELFSBELEHRUNG

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Bonn, den dd.mm.yyyy

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Helmut Fuß

XX

XX